

Umstrittene Offensive der AKW-Aufsicht

Energie Ein FDP-Ständerat wirft der Atomaufsicht des Bundes vor, eine delikate Untersuchung verhindern zu wollen.

Die Energiepolitiker des Ständerats werden nächste Woche ein heisses Eisen anfassen müssen, verpackt in ein Postulat von Ständerat Damian Müller (FDP). Vordergründig geht es um eine technische Frage: Wie viel Radioaktivität soll die Bevölkerung maximal ausgesetzt sein, wenn ein Erdbeben, wie es alle 10 000 Jahre zu erwarten ist, ein AKW erschüttert? Wo die Limite festgesetzt wird, ist entscheidend. Wird sie überschritten, muss eine Anlage für Nachrüstungen vom Netz, eventuell für immer.

Um den Grenzwert tobt ein Streit: Liegt die Limite bei 100 Millisievert, wie die Atomaufsichtsbehörde Ensi argumentiert? Oder bei 1 Millisievert, wie die Umweltverbände sagen? Eine Umfrage dieser Zeitung zeigt, wer den tieferen Grenzwert nicht einhalten würde: das AKW Beznau, das 32 Millisievert freisetzen würde, sowie Leibstadt (2).

Wer recht in dieser Kontroverse hat, ist strittig. Der Fall, der Beznau betrifft, liegt beim Bundesverwaltungsgericht. Der Bundesrat indes will das Urteil nicht

abwarten. Er ist daran, die entsprechenden Verordnungen so umzuschreiben, dass der Grenzwert eindeutig bei 100 Millisievert liegt. In dieser verworrenen Situation möchte Ständerat Müller Klarheit schaffen. Das Ensi sei Teil des laufenden Rechtsverfahrens, also nicht unbefangen. Deshalb sollen unabhängige Experten die Tragweite der geplanten Neuerung prüfen.

10 000 Franken für Video

Vor diesem Hintergrund mutet pikant an, was das Ensi vor einer Woche auf seiner Website angeschaltet hat: eine Untersuchung über die potenziellen Auswirkungen eines alle 10 000 Jahre zu erwartenden Erdbebens in Gösigen. Die «Aargauer Zeitung» hat gestern darüber berichtet. Es wären 95 000 Menschen potenziell von erhöhter Strahlenbelastung betroffen gewesen, kommt das Ensi zum Schluss. Sie hätten im Durchschnitt eine Dosis von 0,3 Millisievert erhalten – das aber entspreche bloss einem Zwanzigstel der Strahlung, der ein Schweizer aufgrund natürli-

cher und medizinischer Quellen jedes Jahr ausgesetzt sei. «Es wären keine Verletzten oder Toten zu erwarten. Eine Evakuierung wäre nicht nötig», bilanziert die AKW-Aufsicht. Gestern hat das Ensi zusätzlich ein Video angeschaltet, das die Ergebnisse der Untersuchung zusammenfasst.

Nicht nur für Atomgegner ist klar, dass der Zeitpunkt der Offensive kein Zufall sei. Auch Müller zeigt sich irritiert: «Wenn nun mit einem teuren PR-Video auf Kosten der Steuerzahler ein Prüfbericht verhindert werden soll, kann etwas nicht stimmen.»

Das Ensi sieht das anders. Als zuständige Fachbehörde sei es seine Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren. Auch die ständerätliche Energiekommission setze sich nun mit der Thematik auseinander. Das Video hat 10 000 Franken gekostet, wie die AKW-Aufsicht offenlegt. Haben das die Steuerzahler berappt? Das Ensi sagt dazu, es werde zu 95 Prozent durch Gebühren der AKW-Betreiber finanziert.

Stefan Häne